

Kongreß an der Uni:

Wissenschaftler gegen SDI

Im Rahmen der „Woche der Hamburger Hochschulen für Frieden und Abrüstung“ fand am 9. und 10. November an der Hamburger Universität ein öffentlicher Kongreß gegen die Militarisierung des Weltraums statt. Auf dem Kongreß wurden im Plenum und in 12 Arbeitsgruppen viele Aspekte und Gefahren einer Militarisierung des Weltraums diskutiert. Im Mittelpunkt der sachkundigen Vorträge aus den unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen standen die amerikanischen Pläne für das SDI-Programm. Den Veranstalter des Kongresses, ein Trägerkreis namhafter Hamburger Wissenschaftler von allen Hochschulen der Hansestadt in Zusammenarbeit mit der Hamburger Naturwissenschaftler Initiative-Verantwortung für den Frieden, dem Bund Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) Sektion Hamburg, der GEW Hamburg und dem AStA der Universität Hamburg war es gelungen, in einer Podiumsdiskussion sowohl Vertreter der USA als auch aus der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen an einen Tisch zu bringen.

Professor Spitzer von der Hamburger Universität betonte schon bei der Eröffnung des Kongresses, daß dieser eingebunden sei in die Internationalen Friedenswochen, die Friedensaktivitäten der Gewerkschaften, der Friedensdekade der Kirchen und christlichen Friedensgruppen sowie der Informationswoche der Friedensbewegung.

Hamburgs Wissenschaftssenator Professor Meyer-Abich, der den Kongreß begrüßte, meinte, daß sich in dem SDI-Projekt die alten Allmachtsphantasien aus der Geschichte der Menschheit und das Streben nach Unverwundbarkeit widerspiegeln. Er unterstrich, daß nicht die Technik, sondern die Rüstung der „allergrößte Unfug ist“. Die Fragestellung aus dem SDI-Projekt, wie werde ich unverwundbar, ist die falsche Frage. Wer unverwundbar sei, bedrohe andere, die sich nicht wehren können. Er macht anderen Angst. Damit ist SDI ein Faktor der Destabilisierung und Erhöhung der Kriegsgefahr. „SDI“, so der Senator, „ist kein Beitrag zum Frieden“, und er fügte die Warnung hinzu, traue niemanden, der sich unverwundbar machen wolle.

In seinem Vortrag im Plenum zum Thema „SDI und Nuklearstrategie“ verband Dr. Bernd Greiner von der Universität Oldenburg die Weltraumrüstung und die Nuklearstrategie mit den politischen Lehren aus der Ku-

ba-Krise 1962. Diese Krise brachte die Welt an den unmittelbaren Rand eines Atomkrieges. In den USA waren die nuklearen Waffen schon in Alarmbereitschaft versetzt worden. Auch heute gehen Militärexperten von der irrigen Vorstellung aus, einen Atomkrieg führbar zu machen.

An zentraler Stelle untersuchte Dr. Greiner die Frage, welche politischen und militärischen Faktoren machen es möglich, daß eine krisenhaft zugespitzte Konfrontation zwischen Ost und West mit politisch-diplomatischen Mitteln gelöst werden kann. Welche Umstände müssen gegeben sein, um eine nukleare Eskalation zu verhindern?

Aus der Kuba-Krise analysierte der Referent fünf Momente heraus, die damals in ihrem Zusammenwirken die Eskalation zu einem Atomkrieg verhindert haben.

1. Keine Seite darf eine begründete Aussicht auf eine Schadensminimierung im Kriegsfall haben.

2. Keine Seite darf über die operative Fähigkeit verfügen, „selektive“ und „begrenzte“ Atomschläge zu führen.

3. Die militärischen Absichten müssen für den jeweiligen Widerpart kalkulierbar bleiben.

4. Bürokratische Fehlleistungen beispielsweise durch den militärischen Apparat und technische Fehlfunktionen müssen politisch beherrschbar bleiben.

5. Militärische Maßnahmen der einen Seite dürfen von der anderen Seite nicht spiegelbildlich nachgeahmt werden, sie müssen einseitig bleiben.

In der Kuba-Krise hat die Sowjetunion die Alarmbereitschaft der atomaren Streitkräfte der USA nicht mit einem gleichen Schritt beantwortet. Die UdSSR ging davon aus, daß die Probleme, die zur Kuba-Krise geführt haben, auf dem Weg eines Kompromisses zu lösen seien. Im Zeichen einer umfangreichen Weltraumrüstung sind, so lautete die wichtigste These von Dr. Greiner, diese krisenstabilisierenden Faktor nicht mehr gültig. Er stellte fest, daß die wichtigsten Momente, die zur politischen und diplomatischen Konfliktlösungen beitragen können, durch die Weltraumrüstung ihre Bedeutung einbüßen oder sogar gänzlich verlieren werden. Seine Schlußfolgerung: Im Falle einer neuerlichen Konfrontation von der Größenordnung der Kuba-Krise muß mit dem Ausbruch eines Atomkrieges gerechnet werden.

Die Gründe dafür beschrieb Dr. Greiner in seinem Vortrag so:

1. Weltraumrüstung strebt keine Defensivbewaffnung an, sondern einen Waffenmix aus Offensiv- und Defensivwaffen. Damit eröffnen sich scheinbar Möglichkeiten einer Schadensbegrenzung und -minimierung für das eigene Territorium.

2. Mit der Weltraumrüstung werden die Möglichkeiten, „selektive“ und „chirurgische Schläge“ zu führen, entscheidend verbessert.

3. Im Zeichen der Weltraumrüstung werden die militärischen Absichten der Gegenseite unkalkulierbar. Der angestrebte Waffenmix wird in Krisensituationen einen zwanghaften Druck zu einer vorbeugenden Kriegsführung, das heißt zum Erstschatz, ausüben.

4. Technische Fehlfunktionen können wesentlich mehr als in der Vergangenheit zum kriegsauslösenden Moment werden.

5. Künftig wird ein einseitiger Verzicht auf militärische Eskalation in Krisensituationen kaum mehr möglich sein. Die Unberechenbarkeit der mit der Weltraumrüstung einhergehenden Absichten der Gegenseite wird zum sofortigen Handeln treiben.

Vor diesem Hintergrund, so führte der Referent aus, erscheint die „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) als eine Maßnahme, die mittel- und langfristige die politische Stabilität untergraben wird und insbesondere in Krisensituationen zu einem kriegsträchtigen Risiko werden kann. Mit der Weltraumrüstung werde die beiderseitige Unberechenbarkeit auf die Spitze getrieben. Ein Atomkrieg ist aber, so stellte der Redner abschließend fest, weder führbar noch gewinnbar.

In einem weiteren Vortrag setzte sich Professor Dr. Carl Nedelmann vom Hamburger Michael-Balint-Institut mit Problemen der „Freund- und Feindbildung unter der nuklearen Bedrohung“ auseinander. Professor Nedelmann, Psychoanalytiker, ging bei seinen hochinteressanten Ausführungen von der Entstehung eines Sündenbocks oder einem Feindbild aus, der aus den Angst- und Schuldgefühlen der Menschen entsteht und über das Feindbild in die äußere Welt projiziert werde. Professor Nedelmann, Mitglied in der Vereinigung Ärzte gegen den Atomkrieg, der in diesem Jahr den Friedensnobelpreis verliehen wurde, verwies auf die Vorurteilsforschung, die diesen Vorgang beschrieben hat und auf die praktische Gefährlichkeit dieses Vorgangs am Feindbild der Antisemiten. Ein ähnlicher Vorgang wie beim Antisemitismus wiederholte

sich heute mit dem Antikommunismus.

Unter dem Einfluß der Waffe, die heute alle und alles vernichten kann, entstand das Bild vom absolut bösen Feind, gegen den jedes Mittel recht sein muß, was unmittelbar auch zu dem Bild vom absoluten guten Freund geführt hat, der jedes Mittel rechtens nutzt. Hinter diesen Mechanismen der Verdrängung, Spaltung, Verschiebung und Projektion, so stellte der Sprecher weiter fest, verfallt die Gefahr der nuklearen Drohung der Verleugnung. Aber nicht ganz. Hinter dem Schleier der Verleugnung ist das Wissen von der nuklearen Gefahr nicht verloren gegangen. Es ist nur nicht genügend wirksam geworden. Die entscheidende Frage lautet daher: Wie können wir zu der subjektiven Überzeugung gebracht werden, daß die objektiv existierende Drohung uns wirklich



bedroht? In diesem Zusammenhang ging Professor Nedelmann auf Probleme der Blindheit und Taubheit der Menschen ein, die unser Wissen unwirksam machen. Neben der unerbittlichen Wahrnehmung der Gefahr sind Gedächtnis und Erinnerung wichtig. Ohne sie leidet unsere Vernunft im Denken wie im Handeln. Abschließend stellte der Referent fest, daß „es ihm angesichts der Stationierung von Pershing II-Raketen auf deutschem Boden, die den Wahnsinn in besonderer Weise symbolisieren und realisieren, schwer gefallen ist, eine polemische Betrachtung zu vermeiden.“

In den zwölf Arbeitsgruppen, die während der beiden Tage durchgeführt wurden, kamen Wissenschaftler aller Fachrichtungen zu Wort. Mathematiker, Physiker, Chemiker, Informatiker und andere begründeten ihre Ablehnung der US-amerikanischen Weltraumrüstung SDI mit zum Teil sehr spezifischen Argumentationen.

„Wenn wir bei SDI nicht mitmachen, dann läuft uns die zivile Technologie davon“ – dieses von den Befürwortern einer bundesdeutschen SDI-Beteiligung immer wieder ausgesprochene Argument war Gegenstand

eines Referates von Dr. Herbert Wulf vom „Institut für Friedensforschung“ der Universität Hamburg. Er beschäftigte sich mit dieser Frage, so Herbert Wulf, weil dieses Argument „das letzte Argument ist, daß die Befürworter überhaupt noch haben“. Er bewies an mehreren Beispielen, daß es nicht richtig ist, von der Konzentration der Mittel in die militärische Forschung einen Schub für die zivile Technologie zu erwarten.

Die Rüstungsprodukte haben so spezielle Anforderungen zu erfüllen, daß die dabei anfallende Technologie im zivilen Bereich gar nicht zu verwenden ist. Beispiel Leopard: Der Panzer soll sowohl Temperaturen von minus 30 Grad Celsius als auch von plus 50 Grad aushalten, ohne daß seine Elektronik zusammenbricht. Außerdem soll er auch bei radioaktiver Strahlung funktionstüchtig bleiben. Eine Technologie, die solche Anforderungen erfüllt, ist für Investitionsgüter völlig uninteressant, weil es in diesem Bereich nicht um Maximalforderungen geht, sondern um Kostengesichtspunkte. Und wenn wirklich einmal etwas bei militärischer Forschung für die zivile Verwendung abfällt, ist das Kosten/Nutzen-Verhältnis äußerst ungünstig. So war ein Rollstuhl, mit dem Behinderte besser Treppen und ähnliches überwinden können, Abfallprodukt des Mondfahrzeuges der USA. Frage: Mußte der Uföweg über den Mond sein? Die Forscher hätten natürlich auch ohne Mondauto einen entsprechenden Rollstuhl entwickeln können. „Aber“, so Herbert Wulf, „dafür gibt es keine Auftraggeber. Das ist eine politische und keine wissenschaftliche Frage.“

Als weitere Illustration der Tatsache, daß die Rüstungsforschung wenig bis gar keinen Einfluß auf die zivile Technologie hat, brachte Herbert Wulf einen Vergleich der USA mit Japan.

Während in Japan nur zwei Prozent der öffentlichen Forschungsgelder in die Rüstungsforschung gesteckt werden, sind es in den USA 61,1 Prozent. Das Verhältnis Ausfuhr/Einfuhr von ziviler Hochtechnologie ist für Japan aber trotzdem besser als das für die USA. Aus diesen Zahlen folgerte Wulf, daß die Konzentration auf die militärische Forschung nicht dazu führt, das entsprechende Land in der zivilen Forschung eine führende Rolle einnimmt. Außerdem, so Wulf, kommt natürlich auch der Geheimhaltung bei der militärischen Forschung als Hemmnis für den zivilen Bereich eine große Bedeutung zu.

stierenden Ausstiegsbewegungen“ im gesellschaftlichen Alltag.

Allen bisher vorgelegten Konzepten zur grünen Krisenbewältigung gemeinsam ist jedenfalls: Eine auch nur andeutete Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit anno 1985 fehlt; eine aus dieser ökonomischen, politischen und ideologischen Bestandsaufnahme abgeleitete Strategie ist nicht in Sicht.

Politik als bloße Widerspiegelung von „Betroffenheit“ und Aneinanderreihung verschiedener Forderungen (und seien sie für sich genommen noch so antikapitalistisch) mochte in der Gründungsphase der Grünen noch ein taugliches Konzept abgeben. Nicht nur einzelne Wahlergebnisse der jüngsten Zeit, vor allem die Unsicherheit der Grünen im Umgang mit der SPD und ihr Rückzug aus beziehungsweise ihr taktisches Manövrieren in den außerparlamentarischen Bewegungen signalisieren, daß dieses Politik-Konzept heute nicht mehr trägt.

Ein „ökosozialistischer“ Ausweg?

Einen integrationistischen Weg der Grünen zu verhindern und zugleich ein theoretisches und strategisches Konzept für grüne Politik zu entwickeln, ist die Absicht des „ökosozialistischen“ Flügels. Thomas Ebermann und Rainer Trampert, maßgebliche Repräsentanten dieser Strömung, haben mit ihrem Buch „Die Zukunft der Grünen. Ein realistisches Konzept für eine radikale Partei“ einen solchen Versuch unternommen.

Mit ihrem Konzept grenzen sie sich nicht nur von einer Reihe gängiger grüner Klischees ab (Geringschätzung sozialer Interessenvertretung, Vorstellungen zur Dual-Wirtschaft, prinzipielle Industrieindignität und anderes mehr), sondern beharren auch auf Erkenntnissen, die denen der marxistischen Arbeiterbewegung nahekommen: „Die gegenwärtige Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit hängt mit den inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise zusammen ... Ohne eine Überwindung .. der Marktwirtschaft als des letztlich entscheidenden gesellschaftlichen Zusammenhangs ist diesem Prozeß der Zerstörung der Naturgrundlagen des menschlichen Lebens nicht mehr Einhalt zu gebieten“ (S. 209).

Beides weist Ebermann/Trampert und die von ihnen vertretene „ökosozialistische“ Strömung zunächst eindeutig als den linken, fortschrittlichsten Flügel der Grünen aus. Es stellt aber umso schärfer die Frage nach der Qualität ihres Antikapitalismus, verstanden nicht als Summe einzelner Forderungen, sondern als

stimmige theoretische Analyse und geschlossenes strategisches Konzept.

Gerade hier zeigt sich freilich, wie grundlegend auch im fortschrittlichsten Teil der Grünen die antikapitalistischen Positionen von ökologischen Ausgangspunkten überlagert werden: Aus der zitierten richtigen Analyse vom Kapitalismus „als des letztlich entscheidenden gesellschaftlichen Zusammenhangs“ wird eine ganz andere strategische Orientierung abgeleitet, nämlich „der Angriff auf die stoffliche Seite der Produktion“ als Schwerpunkt links-grüner Politik. So wird aus radikaler Kapitalismus-Kritik reformistische Produktivkraft-Kritik, statt umgekehrt aus der Pervertierung und Fesselung der Produktivkräfte unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen systematische Kapitalismus-Kritik zu entfalten.

„Die Produktionsentwicklung hat einen Stand erreicht, der nicht nur die augenscheinliche Potenz der Massenvernichtung durch modernes Kriegsgerät und unbeherrschbare Atomtechnologie in sich birgt, der laufende Produktionsprozeß schafft unterhalb solcher Katastrophen eine schleichende Vergiftung von Menschen, Tieren und natürlichen Ressourcen“ – dies ist der zentrale (ökologische) Grundgedanke von Ebermann/Trampert (S. 280). Daraus schlußfolgert ihr kategorischer Imperativ, „die stoffliche Struktur der gesellschaftlichen Produktion fundamental anzugreifen“ und daraus erschließt sich auch ihre strategische Ausgangsüberlegung: das „Streben nach Aneignung gesellschaftlicher Produktivkräfte“, welches sich in der ökologischen Bewegung offenbare, sei „offensichtlich tauglicher für die politische Polarisierung der Gesellschaft, als das recht abstrakte Streben nach Umwälzung der Staatsmacht und Enteignung der Produktionsmittel“ (S. 254).

Unter dem Primat einer ökologischen und sozialen (letzteres vor allem unterscheidet die „Ökosozialisten“ von anderen grünen „Strömungen“) Produktivkraft-Kritik werden zentrale Ziele der Kapitalismus-Überwindung an den Rand gedrängt und wesentliche strategische Bedingungen gleich mit „überwunden“. Das betrifft die Rolle der Arbeiterklasse als entscheidenden sozialen Träger gesellschaftlicher Veränderung, die Frage der staatlichen Macht ebenso wie die nach dem Hauptgegner und der (potentiellen) eigenen Bündnispartner.

Zwar sei „eine Umwälzung ohne die Millionen Produzenten nicht zu denken“, jedoch entstehe aus den Gefahren heutiger weltweiter Produktivkraft-Entwicklung zuallererst ein Gattungsproblem, hinter dem der Gegensatz Kapitalismus – Sozialismus beziehungsweise Kapital – Arbeiterklasse an Bedeutung verliere.

Die Arbeiterklasse sei zudem „strukturell“ an den Kapitalismus und seine Produktivkraftform dermaßen angepaßt, daß sie alle „Ansprüche auf Arbeitsqualifikationen, Produktionsabläufe und Produkte“ aufgeben hätte. „Produktivitätssteigerung wurde von allen zum ehernen Gesetz erklärt. Vom Kapital, .. von Sozialdemokraten, .. von Kommunisten“ mit unterschiedlichen Begründungen zwar, im Ergebnis aber auf dasselbe hinauslaufend. Ersatzweise werden nunmehr lediglich „die politische Macht im Staat angestrebt, ob reformistisch oder revolutionär“.

Einerseits geht nichts ohne die Millionen Produzenten, andererseits scheiden sie als Träger von Veränderung wegen ihrer strukturellen Anpassung aus – wie löst der „Ökosozialismus“ das Problem? Modern, will sagen: idealistisch. Den Ersatz für die integrierte Arbeiterklasse finden Ebermann/Trampert bei all jenen, deren „radikale Bedürfnisse“ und deren „Drang zum Leben“ sich mit dem Kapitalismus nicht mehr vereinbaren lassen. „Mögliche Verbündete grüner Politik sind ... alle diejenigen, noch minoritären Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung, die den jeweiligen Gegenstand der Produktion in Frage stellen“ (S. 213), also etwa AK Alternative Fertigung und ähnliches, Einrichtungen, die sich in einigen Betrieben entwickelt haben. Aber ganz sichere Verbündete sind dies auch nicht, denn aufgrund der technologischen Entwicklung und ihrer Folgen (Heimarbeit) laufe die Arbeiterbewegung Gefahr, auch noch „als Bewegung vernichtet“ zu werden. „Dann wären die neuen sozialen Bewegungen zum historisch einzig relevanten Träger auch noch des proletarischen Klassenkampfes geworden“ (S. 152).

So überzeugend Ebermann/Trampert am Beispiel des Internationalen Währungsfonds (IWF) den Ausbeutungszug des Finanzkapitals gegen die „Dritte Welt“ nachzeichnen, so blaß und oberflächlich bleibt ihre Analyse des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in der Bundesrepublik. Natürlich sehen sie Zusammenhänge von Kapital- und Staatsmacht, natürlich bestreiten sie nicht den „einheimischen“ Einfluß des Finanzkapitals – aber all das wird bestenfalls angedeutet und bleibt für die Strategie folgenlos. Selbst die „faz“ stellt in einem Bericht über die umfangreichen Forderungen der Hamburger GAL zur Haushaltspolitik zusammenfassend fest: „Zurückhaltend zeigt sich die GAL bei Angriffen aufs Hamburger Kapital. Nur 50 Millionen DM soll die Stadt sich jährlich mehr über Steuerprüfer, härtere Eintreibung von Steuerschulden und eine zarte Anhebung der Gewerbesteuer hereinholen“ (23.4.85).

Aber nicht nur das Kapital entzieht sich auf diese Weise einer „ökosozialistischen“ Analyse, für sie stellt sich im Kern nicht einmal mehr die Frage nach der wirtschaftlichen und politischen Macht im Staat und damit auch nach der Staatsmacht selbst: „Die grundsätzliche Alternative: ist unser Zweck die Erringung der Staatsmacht, dann sind wir für eine politische „Gestaltung von oben“ ... Oder kämpfen wir für die Überwindung der bürgerlichen Staatsapparate mit dem Ziel, die über staatlichen Zwang organisierte Herrschaft schrittweise gänzlich zu beseitigen“ (S. 270).

Nach Auffassung der Autoren ist aber nicht nur die Arbeiterklasse sozial an das herrschende Produktivkraft-Modell gekettet, mit Ausnahme der Grünen sind alle anderen Kräfte auch politisch auf dieses Modell eingeschworen. Die Folge: Differenzierungen zwischen „den etablierten Parteien“ verbieten sich, taktische oder gar strategische Bündnisüberlegungen werden überflüssig. Daß diese Position obendrein noch zu beständigen Ausgrenzungen nach links und praktischer Instrumentalisierung außerparlamentarischer Bewegungen führt, hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt.

Die offenkundigen „ökosozialistischen“ Widersprüche summieren sich: zwar liegen die Ursachen der Zerstörung der Lebensgrundlagen im Kapitalismus selbst, Hauptaufgabe aber ist der Kampf gegen „stoffliche Seite der Produktion“; zwar beherrschen das Kapital und seine Staatsgewalt die bürgerlichen Gesellschaften, die Auseinandersetzung mit deren Politik soll jedoch prinzipiell außerstaatlich stattfinden; die bürgerlichen Staatsapparate sind zwar abzuschaffen, die Machtfrage stellt sich aber nicht einmal mehr theoretisch; zwar geht es aktuell um die Abwehr von Verschlechterungen und nicht um gesellschaftliche Neugestaltung, soziale und politische Kräfte dafür stehen aber (außer den Grünen) nicht zur Verfügung...

Die Grünen brauchen Druck – von links!

Es bleibt festzuhalten, daß sich in der politischen Entwicklung der Grünen bis heute eine Tendenz nach links zeigt. Zahlreiche Einzelorderungen, diverse Initiativen grüner Parlamentsfraktionen und manche programmatischen Erkenntnisse finden sich in antikapitalistischer Übereinstimmung mit denen anderer linker Kräfte. Dieses inhaltliche Zugehen auf die Arbeiterbewegung ist umso bemerkenswerter, als die Gründung der Grünen aus ebenso unbewußter wie schroffer Ablehnung gegenüber der gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterbewegung

(in allen ihren Strömungen) erfolgte. Insofern sind die Negativ-Reaktionen des Kapitals und seiner politischen auf die Grünen ebenso verständlich wie berechtigt, wenn auch oft genug übertrieben.

Die aktuelle Krise grüner Politik könnte diese Tendenz nach links verlangsamen, blockieren und vielleicht in mittelfristiger Sicht sogar umkehren. Denn diese Krise verlangt Weichenstellungen, strategische Grundentscheidungen. Im Ausgang dieser Auseinandersetzungen wird sich zeigen, was an antikapitalistischem Potential tatsächlich in den Grünen steckt. Die Gefahr integrationistischer Anpassung wächst, eine Gefahr mit doppelter Ursache: der eigenen strategischen, politischen und organisatorischen Schwäche und einem zunehmenden rechtsozialdemokratischen Druck von außen.

Natürlich vollziehen sich diese Auseinandersetzungen nicht als innergrünes Problem im luftleeren Raum, sie sind beeinflussbar und sie werden von verschiedenen Faktoren mitgeprägt. Durch eine Modernisierungspolitik des Kapitals, der ökologisch geprägte grüne Politik erträglich, weil integrierbar erscheint; durch zunehmende rechtsozialdemokratische Bemühungen, die Grünen unter Anpassungsdruck zu setzen. Zu diesen Faktoren gehören aber auch politische Entwicklungen in den Gewerkschaften (im Sinne von inhaltlicher Diskussion und praktischer Aktionstätigkeit), der Ausgang des politischen Einflusses der DKP, vor allem aber eine stärkere Einbindung der Grünen in die außerparlamentarischen Bewegungen.

Wirkungen freilich werden die letztgenannten Faktoren nur dann erlangen, wenn sie auch subjektiv gewollt sind. Eine Art konzentrierter Aktion der Linken ist notwendig, um Druck auf die Grünen auszuüben – Druck von Links. Nur so ist offenbar Anpassungstendenzen in den Grünen und verstärktem rechtsozialdemokratischen Druck von außen wirksam entgegenzutreten. Die Stabilisierung linker Positionen bei den Grünen liegt gleichermaßen im Interesse linker Sozialdemokraten wie klassenorientierter Gewerkschafter und organisierter Marxisten in der DKP.

Nur mit solchem Druck scheint es gegenwärtig möglich zu sein, den Grünen zumindest mehrheitlich zu einer tragfähigen Strategie gegen die Wendepolitik des Kapitals zu verhelfen; zu einer Strategie, die ihnen die notwendige Sicherheit im Umgang mit der SPD geben könnte und die ihnen hilft, ihre Verankerung in den außerparlamentarischen Bewegungen wieder- und Bündnisfähigkeit nach links neu zu gewinnen. Unter solchen Vorzeichen könnten die Befürchtungen des Herrn von Amerongen dann auch Wirklichkeit werden.

Axel Lochner